

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Selher Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 17. Oktober 1914.

18. Jahrgang.

## Die Situation im Verband.

Seit Ausbruch des Krieges ist an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen, daß unsere Zahlstellenversammlungen und Zusammenkünfte möglichst regelmäßig abzuhalten sind. Das Vereins- und Versammlungsgebot ist durch den Kriegszustand keineswegs aufgehoben; unsere Zahlstellenversammlungen und Zusammenkünfte sind nicht genehmigungspflichtig, sie können stattfinden. Unsere Gewerkschaftsbewegung behindert den Krieg in keiner Weise, sie stärkt hingegen ängstliche Gemüter, bewirkt gegenseitiges Vertrauen und stärkt die Widerstandsfähigkeit, kurz, sie trägt in hohem Maße zur Stärkung des Landes bei. Alle Gewerkschaftstätigkeit hat aber ein möglichst reges Versammlungsleben zur Voraussetzung; ohne Versammlungsleben ist eine wirkliche Gewerkschaftstätigkeit kaum zu entfalten. Darum müssen wir immer wieder unsere Zahlstellenversammlungen anspornen, Zahlstellenversammlungen und Zusammenkünfte möglichst regelmäßig zu veranstalten, und alle Verbandsmitglieder müssen wir immer wieder in ihrem eignen Interesse ermahnen, die Zahlstellenversammlungen und Zusammenkünfte regelmäßig und pünktlich zu besuchen.

Die Erhaltung der gegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen hängt nach wie vor von möglichst reger Gewerkschaftstätigkeit ab; ja, in höherem Maße als in Friedenszeiten, wo der einzelne viel selbstbewusster aufzutreten vermag als unterm Kriegszustande. Erstirbt das Versammlungsleben, dann blühen gewöhnlich sehr bald Mißstände im Arbeitsverhältnis in großer Fülle, ohne daß sie immer bekannt würden. Möglichst regelmäßiges und reges Versammlungsleben ist also schon in dieser Hinsicht eine unbedingte Notwendigkeit, auch unterm Kriegszustande.

In den Versammlungen muß zur Aussprache kommen, ob die oft schwer errungenen Tarifverträge auch eingehalten werden. Wenn es auch durch scharfe Verordnungen im allgemeinen gelungen ist, daß während des Krieges den unerschämten Preissteigerungen Einhalt geboten wurde, so weisen aber doch die Lebensmittelpreise eine steigende Tendenz auf. Und diese wird sich noch mehr bemerkbar machen. Die Arbeiter haben deshalb ein erhöhtes Interesse daran, daß an den tariflichen Löhnen Kürzungen nicht eintreten. Meistens spielen die Unternehmer unsern Kollegen an, daß diese um 10 Prozent billiger arbeiten sollen, dann gäbe es diesen oder jenen Auftrag. Kollegen, solche Hinweise sind irreführend. Wenn heute in der Steinindustrie die Löhne um 10 Prozent gekürzt würden, deshalb gäbe es im allgemeinen auch nicht mehr Aufträge. Aber die Hinweise auf das billigere Arbeiten soll bloß ein Köder sein, um die Löhne überhaupt drücken zu können. Es kann vielleicht in einer Gruppe unser Industrie, wo ein bestimmtes Gebiet in Frage kommt, die Arbeitsbeschaffung äußerst schwer werden, aber daran ändert auch ein billigeres Arbeiten der Leute nichts. Ein Teil der Kollegen wird es wissen, wie ungeheuer schwer es ist, in Friedenszeiten die Löhne in einigen Jahren um etliche Prozente steigern zu können. Wenn jetzt Kürzungen zugestanden würden, dann würde nach dem Krieg der Kampf um die bisher erzielten Löhne wieder von neuem beginnen. Ferner wäre ein Anreiz vorhanden, daß die Unternehmer, die zurzeit nicht daran denken, die Tariflöhne zu reduzieren zu wollen, auch darauf ausgingen, Lohnkürzungen zu erwirken. Da ist es interessant, daß gerade jetzt die „Bauwelt“ einen Artikel bringt, mit der Überschrift: „Die Feuerprobe der Tarifverträge.“ Darin wird ausgeführt, daß die Berliner Bauunternehmer, am 1. Oktober für die Maurer und Zimmerer, laut Tarif, die Stundenlohnsätze um 2 Pfg. erhöhten. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber selbst in schweren Zeiten die eingegangenen Abmachungen einhalten müssen. Wir können also unsern Kollegen nur dringendst raten, sich auf keine Lohnreduktionen einzulassen.

Über den zukünftigen Geschäftsgang zu schreiben, wäre müßig. Denn darüber fehlt zurzeit jeder Maßstab, um ein einigermaßen richtiges Urteil abgeben zu können. Es kann nur gesagt werden, daß sich der Geschäftsgang in der Steinindustrie nicht verschlechtert, wenn das Kriegsglück unsern Armeen weiter hold ist. Wäre es den Franzosen geglückt, den Rhein zu überschreiten, dann hätte das ganze deutsche Wirtschaftsleben enorm leiden müssen; das hätte sich dann auch am besten bei der Zeichnung der Kriessanleihe gezeigt.

Wegen der Beschaffung von Aufträgen an die Unternehmer ist unsere Verbandsleitung an den Steinmetzmeisterverband herangetreten, damit beide Organisationen bei den Behörden Schritte unternehmen, daß die beabsichtigten Bauprojekte auch in der nachdrücklichsten Weise gefördert werden. Der Verklein-, Plasterstein- und Schotterindustrie wird jener Schritt sicherlich in erster Linie zugute kommen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in solchen Fragen die Stimme der Arbeiterorganisation von großer Bedeutung sein kann.

Unter den Mitgliedern wird es große Genugtuung hervorgerufen haben, daß die Verbandsleitung den bedeutungsvollen Beschluß faßte, die Bezugsberechtigung bei der Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 9 Wochen hinaufzusetzen. Man muß bedenken, daß in unserm Verband die Arbeitslosenunterstützung erst zum 1. Juli 1915 eingeführt werden sollte, und daß die Verbandsleitung jetzt schon zu dieser außerordentlichen Maßnahme, die den Mitgliedern sehr willkommen sein wird, gegriffen hat. Wir könnten eine große

Reihe von Zahlstellen anführen, die durch diesen Beschluß für ihre arbeitslosen Mitglieder schon ansehnliche Summen herausheben konnten. Die Fichtelgebirgsvertreter stimmten in Dresden wohl geschlossen gegen die Einführung dieser neuen Unterstützung, aber gerade in jenen Zahlstellen ist zurzeit die Arbeitslosigkeit enorm. — Diese Tatsache wird den Kollegen in den Schleifereibetrieben nun gezeigt haben, welcher großen sozialen Wert die Arbeitslosenunterstützung darstellt.

In den Zahlstellen soll man sich auch mit der Frage beschäftigen, daß es auf die Familien der im Felde stehenden Kollegen einen recht sympathischen Eindruck machen wird, wenn man kleine Lokalaufschläge erheben würde, um die eingenommenen Summen dann den genannten Familien zukommen zu lassen. Wir möchten schon vorbereiten, daß man dabei auch in Betracht zieht, daß die Kinder der arbeitslosen sowie der im Felde stehenden Kollegen zu Weihnachten mit einer kleinen Gabe bedacht werden. Es hat keine Zeit gegeben, in der die Solidarität sich so glänzend betätigen konnte als wie jetzt. Die Zahlstellenvertreter tun gut, wenn sie diese Anregung auch praktisch verwerten. Die Kollegen, die in Arbeit stehen, können immerhin für die genannten Zwecke doch noch einige Opfer bringen. In der großen Zahlstelle Demitz-Thumitz, es kommen an die 1000 Mitglieder in Frage, ist beispielsweise eine solche „freiwillige“ Steuer unter den Kollegen eingeführt, und diese hat sich auch recht gut bewährt. Es muß alles gut organisiert werden, nun dieses ist die Aufgabe der örtlichen Verwaltungen.

Unter Verband hat sich bisher in der glänzendsten Weise gehalten, wir dürfen wohl sagen, daß Mitgliederverluste nirgends eingetreten sind, im Gegenteil, in einigen Zahlstellen sind sogar Neuaufnahmen zu verzeichnen. Dadurch, daß in den letzten Tagen die Familienunterstützung ausbezahlt wurde, hat sich das Vertrauen zum Verband ebenfalls bedeutend gehoben. Es muß eben alles agitatorisch in der nachhaltigsten Weise ausgenutzt werden.

## Wirtschaftliche Rundschau.

### Die Getreidepreise und das Eingreifen des Staates.

#### Preissteigerungen und Bedarf.

Die letzten Wochen haben eine starke Preissteigerung für Getreide gebracht, so daß sowohl die wirtschaftlichen Landwirtschaftsvertreter wie die anfangs stärker widerstrebenden leichten Handelskreise selber die Festlegung von Höchstpreisen durch die Behörden verlangen. Starke plötzliche Anläufe der Militärverwaltung am Kriegsbeginn, die notgedrungen langsamere Erlebigung des Ausdrucks bei der schwächeren ländlichen Arbeiterzahl und bei dem Andrang der folgenden übrigen Erntearbeiten, bis zur Vereinnahmung der Kartoffeln und Mägen und der Neubestellung der Felder, ferner die langandauernden, immer von neuem sich zeitweise wiederholenden Schwierigkeiten des Landtransportes mögen für die jüngste Preissteigerung als normalere Ursachen in Rechnung gesetzt werden. Zum guten Teile jedoch handelt es sich dabei um spekulative Wucherschaften, die bei der weitgehenden Desorganisation der Börsen und Märkte und bei der Unregelmäßigkeit der Zufuhren leichter als sonst gelingen.

Zunächst seien nach der Reichstatistik die wöchentlich sich folgenden Preise, und zwar für Berlin, mitgeteilt. Schon die Monatsdurchschnittspreise hatten sich zwischen Juli und August nicht beträchtlich erhöht: für Roggen von 173.68 auf 193.98 Mk. die Tonne, für Weizen von 206.30 auf 225.02 Mk. Dann notierte im Wochenenddurchschnitt (Markt pro Tonne):

|                                | Roggen | Weizen |
|--------------------------------|--------|--------|
| 31. August bis 5. September    | 198.42 | 228.50 |
| 7. September bis 12. September | 205.83 | 233.—  |
| 14. „ „ 19. „                  | 212.67 | 240.33 |
| 21. „ „ 26. „                  | 223.50 | 250.—  |
| 28. „ „ 3. Oktober             | 221.07 | 247.—  |

Die Berliner Preisdurchschnitte betrugen in den vorangegangenen Jahren 1913 und 1912: beim Roggen 164.3 und 155.8 Mk., beim Weizen 198.9 und 217.0 Mk. — und speziell im Monat September 1913 und 1912: beim Roggen 175.05 und 162.11 Mk., beim Weizen 214.56 und 198.42 Mk. Die höchsten Monatsdurchschnitte während dieser beiden letzten, an sich schon teuren Jahre erreichte der Roggen mit 199.07 Mk. im Mai 1912, der Weizen mit 231.80 Mk. im Juni 1912. Man sieht, die Preissteigerung ist keine geringe, obwohl zu den Latwarenmärkten des Auslandes noch lange keine Veranlassung vorliegt.

Die alten Vorratsbestände wie die neuen Ernteergebnisse bieten zu solchen Preissteigerungen kaum irgendwelchen Anlaß. Nach den Reichs- und Provinzialstatistiken, die jetzt als Sonderausgabe unter dem Titel „Das Wirtschaftsleben im Kriege“ erscheinen, wird man etwa auf folgenden Zahlen stehen können: Die übernommenen Bestände aus der vorjährigen Ernte dürften noch auf acht Wochen für die Vorratserhaltung des deutschen Volkes ausreichen. Was die neue deutsche Ernte betrifft, so wird ihr Ertrag (abschließende amtliche Berechnungen liegen noch nicht vor) ungefähr dem des Jahres 1913 gleichkommen sein. Damals ergab die amtliche Schätzung eine Progetreide- und Weizen-Ernte von 17.31 Millionen Tonnen. Davon gehen als Ausfuhrquantum etwa 1.5 Millionen Tonnen ab, so daß rund 15.8 Millionen für die menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke verbleiben. Für die menschliche Ernährung bedürfen wir bis zum nächsten Ernte-Ergebnis 12.0 Millionen Tonnen, so daß, wenn die alte Ernte auch nur 1.0 Millionen beibringen sollte, die neue Ernte 11.0 Millionen Tonnen beibringen muß. Es verbleiben dann für die tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke 4.8 Millionen Tonnen. Das wäre ein durch aus ansehnliches Quantum, wie mehrjährige Beobachtungen und Berechnungen ergeben haben. Also unter Annahme keineswegs besonders günstiger Voraussetzungen wäre Deutschland noch im Stande, aus seinen Vorräten und aus der Ernte 1911 die Bevölkerung des ganzen Volkes mit Progetreide zu versorgen, und jeder Preissteigerung die Spitze bieten zu können. Es können verübrigens deutsche Verhältnisse entstehen, aber ein Mangel für den gesamten deutschen Markt kann nicht eintreten“ — abgelesen

von den Einfuhrmöglichkeiten aus Produktionsländern wie Rumänien und unter Umständen auch über neutrale Vermittlungs-länder wie Holland, Dänemark und Italien.

Die Festlegung von Höchstpreisen ist um so dringlicher, weil ohne Beendigung der Preissteigerungen im Handel auch die Landwirtschaft sich schwer zu umfassenderen Vorfahrungen entschließen. Sie halten ihr Erzeugnis künstlich vom Markte zurück, solange die Zukunft noch unheilichere Preise und Gewinne verspricht; sie werden sofort dem Markte zugänglich, falls eher ein Herunter- wie ein Hinaufgehen des künftigen Ertrages in Aussicht steht.

### Der Zuckermarkt.

Zu gleicher Zeit wird auch ein dringlicher Eingriff in den Zuckermarkt und die Zuckerproduktion von den verschiedensten Seiten gefordert, allerdings hier unter einem viel stärkeren Aus-einandergehen der beteiligten Interessen. Deutschland erzeugt bekanntlich auf diesem Gebiet viel mehr, als es selber verbraucht. Die Menge des gewonnenen Nebenproduktes aller Art beträgt:

|         | Toppelzentner |
|---------|---------------|
| 1905/06 | 23 147 790    |
| 1906/07 | 21 243 260    |
| 1907/08 | 20 170 710    |
| 1908/09 | 19 803 870    |
| 1909/10 | 19 475 800    |
| 1910/11 | 25 120 928    |
| 1911/12 | 14 077 810    |
| 1912/13 | 28 322 820    |
| 1913/14 | 26 167 740    |

Auf Verbrauchszucker reduziert, ergibt dies nach dem Durchschnitt der letzten beiden Jahre gegen 20 Millionen Doppelpelzentner Jahresproduktion, wovon Deutschland nach den bisherigen Konsumverhältnissen nur ungefähr 13 Millionen selber verbrauchen würde.

Die Vorschläge für das staatliche Eingreifen laufen hier noch durcheinander. Die Exporteure möchten, wie bisher, einfach die ganze Ausfuhr erhalten sehen, während die Reichsregierung zunächst ein Ausfuhrverbot erließ, wesentlich mit der Spitze gegen England, das unter der schwachen Zufuhr sofort hohe Zuckerpriese entziehen sah. Die Industriellen erheben zum Teil eine Forderung von Mindest(!)preisen, um Schleuderpreise, wie sie durch Überfüllung des Marktes entstehen, zu vermeiden. Die Landwirte, wenigstens soweit sie an der Viehproduktion beteiligt sind, empfehlen eine stärkere Verflüchtigung der Rüben, oder doch eine Verabfolgung der Zuckerextraktion aus den Rüben, um nährstoffreichere Milchkühe, sogenannte Zuckerrüben mit 5 bis 7 Prozent Zuckergehalt zu gewinnen; diese können frisch verfüttert oder auch als Trockenzuckerrüben aufbewahrt und sogar in den Handel gebracht werden. Das Konsumenteninteresse geht wesentlich dahin, durch Verbilligung bzw. Steuerermäßigung, die in diesem Falle noch keineswegs einer Verlust für die Reichskasse zu bedeuten braucht, den Zuckerverbrauch auszuweiten, der nicht nur einen Ertrag, sondern einen wertvollen Ernährungsbeitrag darstellt. Die Regierung kündigt jedoch an, daß sie eine Ausfuhr in der Höhe des Bedarfs der neutralen Länder (also nicht nach England, dem bisher größten Exportabnehmer) gestatten wolle, unter Vorbehalt jederzeitiger Wiederaufnahme des Ausfuhrverbots bei Überfüllung der vor-gezeichneten Ausfuhrmenge.

### Moheisenproduktion.

Die deutsche Moheisenproduktion, nach den vorläufigen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-industrieller, spiegelt wie wohl kaum ein anderer Gewerksbereich die Schwierigkeiten der Mobilmachungszeit, die plötzliche Entziehung von Arbeitskräften durch die Einberufungen, schließlich die militärischen Vorränge in Luxemburg und im saarbrückischen Erz- und Stüttengebiet wieder. Die Monatsproduktion betrug im August insgesamt nur 625 927 Tonnen gegen 1 564 345 Tonnen im Juli des laufenden Jahres und gegen 1 639 000 Tonnen im August 1913. Da Eisen aber für den Kriegsbedarf obenan steht und auch die anderweitige Verwendung durchaus nicht vollständig stocken kann, so werden schon die Septemberzahlen wahrscheinlich wesentlich anders ausfallen.

Berlin, Oktober 1914.

Max Schippel.

## Heringefallene Christen.

Vor dem Schöffengericht in Leipzig stand am 8. Oktober ein Verleumdungsprozeß an. Der Keramikverleumdung Herr Baumgart stand sich durch ein Klageblatt, welches Kollege Standinger herausgab, beleidigt. Nachdem in der Verhandlung im heutigen Frühjahre für etwa 8000 unserer Verbandsmitglieder der Tarif mit weitest-lichen Verbesserungen zum Abschluß kam, trübte Baumgart seine Unternehmungen. In dem Klageblatt wurde nun R. nicht gerade in der zartesten Weise angefaßt. Daß der christliche Sekretär in mehreren Punkten die Unmoralität gezeigt habe, wurde ja schon in der Dresdener Verhandlung festgestellt. Der Reichsvertreter des V. wollte nun den Kollegen Standinger meinelassen, denn der Artikel im Klageblatt war auch vor dem in der Nr. 6 des „Steinarbeiter“ erschienen. Herr Dr. Altschäuer erhebt nun zwei Privatklagen für Baumgart, und zwar in Leipzig und Dresden. Aber in Leipzig ließ der Herr Anwalt der Idee durchfallen, daß sich das Gericht nicht für Unmoralität erachten könnte, weil es sich dem um ein und denselben Artikel handle, der gegenstandsmäßig der Tat sei durch die Tarifbewegung gegeben. Mehrere Standinger bod in der Verhandlung hervor, daß er gegen Baumgart, der in der Sache faul sei, ohne Verantwortungsbewußt auftrat, nicht vorurteillos mit-beraten, wie er sich stellen würde. Herr Dr. Altschäuer erklärte, daß er sich nicht in der Sache verurteilen würde, sondern nur in der Person. Baumgart wollte trotzdem in Leipzig und Dresden verklagt werden, in Leipzig aber hat Standinger einen Rechtsanwalt beauftragt, dann hätten die Anwälte wiederum im Laufe der Verhandlung die Klagen zurückgezogen. Baumgart wollte dann in Leipzig verklagt werden, aber in Leipzig hat Standinger einen Rechtsanwalt beauftragt, dann hätten die Anwälte wiederum im Laufe der Verhandlung die Klagen zurückgezogen. Baumgart wollte dann in Leipzig verklagt werden, aber in Leipzig hat Standinger einen Rechtsanwalt beauftragt, dann hätten die Anwälte wiederum im Laufe der Verhandlung die Klagen zurückgezogen.

